

Windpark Stubalpe

Wasserbau- und abfalltechnisches Gutachten

Dipl.-Ing. Georg Topf, HR.

Abteilung 15

Graz, den 30. Mai 2017

Seitens des wasserbau- und abfalltechnischen Amtssachverständigen kann auf Basis des Einreichprojektes zum gegenständlichen UVP-Verfahren mit der Umweltverträglichkeitserklärung und den Unterlagen „Fachbereich Bau- und Transportkonzept“ (Technisches Projekt, Einlage 0201, Stand 15.12.2015), „Fachbereich Abfallwirtschaft“ (Technisches Projekt, Einlage 0207, Stand 15.12.2015) und „Fachbericht Wasserbautechnik“ (Geologie, Geotechnik, Hydrogeologie, Wasserbautechnik, Einlage 1103, Stand 15.12.2015) mit Ergänzung des „Fachberichtes Wasserbautechnik“ gemäß Evaluierung vom 25.02. und 31.03.2016 (Einlage 1103E, Stand 29.04.2016) grundsätzlich festgestellt werden, dass das vorliegende Projekt dem Stand der Technik entsprechend verfasst wurde und mit der vorgesehenen Baudurchführung und der nachfolgenden Betriebsweise ein weitest gehender Gewässerschutz gewährleistet werden können. Dabei kann von einer umweltverträglichen Lösung gesprochen werden und wird durch die angeführten Maßnahmen (insbesondere auch Monitoringprogramm für Quellnutzungen) ein vertretbares Ausmaß für eine Gewässerbeeinträchtigung nicht überschritten werden. Ebenso kann ausgesagt werden, dass durch die Bauarbeiten - mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die beabsichtigten Beweissicherungsmaßnahmen - und den Betrieb des Windparks keine negativen Auswirkungen auf Gewässer zu erwarten sind.

Festgehalten werden kann, dass sowohl die UVE als auch die zugehörigen, die Wasserbau- und Abfalltechnik betreffend Darstellungen und Beschreibungen im Projekt von auf den vorgenannten Fachgebieten fachkundigen Büros bzw. Personen erstellt wurden, sodass die Richtigkeit der Zahlenangaben und Berechnungen angenommen werden kann, zumal davon auszugehen ist, dass deren Ermittlung unter Beachtung der erforderlichen Sorgfaltspflicht erfolgte. Ebenso gilt für die Dimensionierung und Auslegung sämtlicher Anlagenteile die Vermutung der inhaltlichen Richtigkeit der angestellten Bemessungen und zu Grunde gelegten Ansätze.

Grundsätzlich ist zu fordern, dass mit größter Sorgfalt und Umsicht jeglicher Austritt und jegliches Abschwemmen von wassergefährdenden Stoffen auch aus Abfällen einerseits im Bauzustand (gilt insbesondere auch für die Baustellen- und Umladeplätze, Montageflächen) und andererseits in der Betriebsphase (bei Baumaterialien und -hilfsstoffen, bei Fahrzeugen, Geräten und Maschinen, bei Manipulationen, Lagerungen, Reparaturen, Reinigungen, Befüll- und

Betankungsvorgängen etc.) zu vermeiden ist. Sollten Austritte und Abschwemmungen von wassergefährdenden Stoffen nicht a priori auszuschließen sein, so dürfen damit verbundene Lagerungen, Tätigkeiten und Arbeiten zur Gänze nur auf dichtem, chemisch beständigen Untergrund und besonders gesicherten Flächen (z.B. Überdachungen, Gewässerschutzanlagen) erfolgen. Lagerungen sind so vorzunehmen, dass keine Beeinträchtigungen und Gefahren durch Oberflächenwasserabflüsse entstehen können.

Zu den Einwendungen und Stellungnahmen wird nachstehendes festgestellt:

Einwendungen Held Berdnik Astner & Partner Rechtsanwälte GmbH (OZ: 47)

Zu den befürchteten Beeinträchtigungen von Wasserrechten mit Darstellung unter Punkt 5.12.1. und 5.12.2 auf Seite 28 der Einwendungen wird auf das Gutachten des hydrogeologischen ASV verwiesen.

Einwendung Wasserversorgungsgenossenschaft Stubalm (OZ: 52)

Auch bei dieser Einwendung wird auf das Gutachten des hydrogeologischen ASV verwiesen.

Einwendung der Marktgemeinde Lankowitz (OZ: 53)

Zu den befürchteten Beeinträchtigungen von Wasserrechten mit Darstellung auf den Seiten 14 und 15 wird ebenfalls auf das Gutachten des hydrogeologischen ASV verwiesen.

Stellungnahme der Umweltschützerin HR MMag. Ute Pöllinger (OZ: 71)

Keine wasserbau- und abfalltechnische Relevanz erkennbar.

Einwendungen der Allianz für Natur (OZ:78)

Keine wasserbau- und abfalltechnische Relevanz erkennbar.

Zusammenfassend sind aus der Sicht des Fachgebietes „Wasserbau- und Abfalltechnik“ durch das gegenständliche Vorhaben unter Berücksichtigung der dargestellten Umsetzungsstrategien und Befolgung der vorgeschlagenen Maßnahmen vernachlässigbare nachteilige Auswirkungen zu erwarten.

Folgende Maßnahmen wären vorzuschreiben:

- 1.) Bei der Baudurchführung ist das Einvernehmen mit den berührten Grundeigentümern herzustellen.
- 2.) Vor Baubeginn sind bestehende Grenzsteine im Beisein der betroffenen Grundeigentümer so einzumessen, dass eine Rücksteckung ohne weiteres möglich ist und sind diese Grenzsteine nach Durchführung der Bauarbeiten wieder herzustellen.
- 3.) Zeitgerecht vor Beginn der Baumaßnahmen ist die genaue Lage von Leitungen (z.B. Wasser, Gas, Drainagen etc.), Strom- oder Fernmeldekabeln mit den zuständigen Versorgungsunternehmen und sonstigen Leitungsberechtigten festzustellen. Während der Bauarbeiten ist durch geeignete Maßnahmen für den Schutz dieser Kabel und Leitungen zu sorgen und die entsprechenden Vorschriften zu erfüllen bzw. einzuhalten.
- 4.) Die Baugeräte sind - wenn technisch möglich - mit Biotreibstoffen, Biohydrauliköl und Bioschmiermittel zu betreiben.
- 5.) Die Kabeltrassen sind durch Markierungssteine mit z.B. Holzpflocken (zur Sichtverbindung!) an definierten Punkten (z.B. Grundstücksgrenzen) erkenntlich und auffindbar zu machen. Bei Gerinnequerungen sind an beiden Seiten Warn- bzw. Hinweistafeln (z.B. Achtung Hochspannungskabel Windpark Stubalpe) aufzustellen.
- 6.) Soweit durch die Bauarbeiten Zufahrtswege unterbrochen werden, sind diese wieder herzustellen.
- 7.) Nach Fertigstellung der Bauarbeiten ist der vor Baubeginn bestehende Zustand an Bauwerken, unterirdischen Einbauten (insbesondere auch Drainageleitungen), Einfriedungen etc. wiederherzustellen. Ebenso sind die durch Bauführung, Baustelleneinrichtung und Lagerungen berührten Grundstücke wieder in den ursprünglichen Zustand insbesondere auch im Hinblick auf einen natürlichen Oberflächenwasserabfluss zu versetzen.
- 8.) Sollten Austritte und Abschwemmungen von wassergefährdenden Stoffen nicht a priori auszuschließen sein, so dürfen damit verbundene Lagerungen, Tätigkeiten und Arbeiten (insbesondere Betankungsvorgänge, Wasch- und Reinigungstätigkeiten) zur Gänze nur auf dichtem, chemisch beständigen Untergrund und besonders gesicherten Flächen (z.B. Überdachungen, Gewässerschutzanlagen) erfolgen.

- 9.) Lagerungen sind so vorzunehmen, dass keine Beeinträchtigungen und Gefahren durch Oberflächenwasserabflüsse entstehen können.
- 10.) Zur Beseitigung von ausgetretenen Mineralölprodukten sind mindestens 100 l eines geeigneten Ölbindemittels bereitzuhalten. Gebrauchte Ölbindemittel sind nachweislich (Begleitscheine) durch einen befugten Sammler für gefährliche Abfälle zu entsorgen.
- 11.) Gefährliche Abfälle sind von nicht gefährlichen Abfällen getrennt zu sammeln und müssen beide Abfallarten in geeigneten Behältnissen, Lagern etc. aufbewahrt werden. Die entsprechenden rechtlichen Vorgaben für die Sammlung, Lagerung und den Transport der Abfälle sind einzuhalten.
- 12.) Für die Gerinnequerungen AHW1, AHW2 und AHW3, für die Neuherstellungen der Wegquerungen bei AHW4 und AHW5, für die Herstellung der Gewässerumleitung AHW6 (Hohlzenzbach) sowie für die Gerinnequerungen GK1, GK2, GK3, GK4, GK5 und GK6 durch die Stromableitung sind die vorgesehenen Bau-, Sicherungs- und Rekultivierungsmaßnahmen unter fachkundiger Bauaufsicht durchzuführen und die entsprechenden Bestätigungen im Zuge des Abnahmeverfahrens vorzulegen.
- 13.) Verletzte Böschungen sind entsprechend dem ursprünglichen Bestand gegen Gefährdungen durch Ausschwemmungen bzw. Rutschungen zu sichern und standortgemäß zu begrünen bzw. bepflanzen.

Wie aus der Stellungnahme der Projektwerberin auf Seite 14 der Ergänzung des „Fachberichtes Wasserbautechnik“ gemäß Evaluierung vom 25.02. und 31.03.2016 (Einlage 1103E, Stand 29.04.2016) zu entnehmen ist, wird für die Wasserentnahmen beim Quellursprung des Hohlzenzbaches und aus den 3 Steiner Quellen mit jeweils max. 0,5 l/s bzw. durchschnittlich 0,35 l/s (entspricht 30,24 m³/d) eine wasserrechtliche Bewilligungspflicht gegeben sein.

Der wasserbau- und abfalltechnische Amtssachverständige

Dipl.-Ing. Georg Topf, HR., eh.